

# Gedämpfte Erwartungen an die NPT-Überprüfungskonferenz

Die zehnte Überprüfungskonferenz des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT) findet unter schwierigen Voraussetzungen statt. Es sind kaum Fortschritte auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt erkennbar. Für Deutschland wird das Mitwirken in Gruppen gleichgesinnter Staaten wichtig sein.



**Dr. Oliver Meier,**  
geb. 1964, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Berliner Büro des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH).

✉ meier@ifsh.de

Der Verlauf und das Ergebnis der zehnten Überprüfungskonferenz des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons – NPT) werden entscheidenden Einfluss darauf haben, wie die internationale Gemeinschaft künftig mit Problemen des Besitzes und der Verbreitung von Atomwaffen umgeht. Die alle fünf Jahre stattfindende Konferenz sollte turnusmäßig vom 27. April bis 22. Mai 2020 in New York stattfinden, wurde aber wegen der COVID-19-Pandemie auf einen unbestimmten Termin vor April 2021 verschoben.<sup>1</sup>

NPT-Überprüfungskonferenzen haben die Aufgabe, »die Wirkungsweise [...] des Vertrags zu überprüfen, um sicherzustellen, dass die Ziele der Präambel und die Bestimmungen des Vertrags verwirklicht werden.«<sup>2</sup> Die Vertragsstaaten nehmen üblicherweise, erstens, eine Bestandsaufnahme der Entwicklungen in allen drei Pfeilern des NPT vor, also in Bezug auf Verpflichtungen in den Themenbereichen Nichtverbreitung, Abrüstung und friedliche Nutzung der Kernenergie. Die Vertragsstaaten versuchen, zweitens, im Hinblick auf die nächste Überprüfungsperiode, weitere Schritte zur Stärkung des Abkommens zu vereinbaren.

Vier der bisher neun NPT-Überprüfungskonferenzen konnten sich nicht auf ein von allen Vertragsstaaten akzeptiertes Ergebnis einigen. Diese Konferenzen – in den Jahren 1980, 1990, 2005 und 2015 – werden gemeinhin als »gescheitert« betrachtet, ohne dass dadurch die Verbindlichkeit des NPT nachhaltig beschädigt worden wäre. Sollte die zehnte Überprüfungskonferenz scheitern, wäre es allerdings das erste Mal in der 50-jährigen Geschichte des Abkommens, dass die NPT-Mitglieder bei zwei aufeinanderfolgenden Überprüfungen im Dissens auseinandergehen.

Die Hohe Beauftragte für Abrüstungsfragen Izumi Nakamitsu sagte auf einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats anlässlich des 50. Jahrestags des NPT-Inkrafttretens am 5. März 1970, dass ein Scheitern der Konferenz zwar nicht das Ende des Vertrags oder des Nichtverbreitungsregimes bedeuten würde. Sie mahnte aber, ein Misslingen könnte dazu führen, dass viele UN-Mitgliedstaaten dem Abkommen eine geringere Bedeutung beimessen.<sup>3</sup> Die Vertreter der 191 Vertragsstaaten und der designierte Präsident der Konferenz, der argentinische Diplomat Gustavo Zlauvinen, sollten vor allem darauf hinwirken, diesen schleichenden Bedeutungsverlust des Nichtverbreitungsvertrags abzuwenden.

## Fragile Fortschritte und Rückschritte

Seit der letzten NPT-Überprüfungskonferenz im Jahr 2015 sind die Vertragsstaaten dem im Vertrag festgeschriebenen Ziel einer atomwaffenfreien Welt nicht nähergekommen. Dabei gab es bei der Umsetzung der in den Artikeln 1 und 2 des NPT fest-

<sup>1</sup> Siehe Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (United Nations Office for Disarmament Affairs – UNODA), 2020 Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons (NPT), [www.un.org/en/conferences/npt2020](http://www.un.org/en/conferences/npt2020)

<sup>2</sup> NPT, Artikel 8, Absatz 3.

<sup>3</sup> Remarks by Ms. Izumi Nakamitsu, Briefing to the Meeting of the Security Council Nonproliferation: Supporting the Nonproliferation Treaty Ahead of the 2020 Review Conference, UN Security Council, New York, 26.2.2020, [unoda-web.s3.amazonaws.com/wp-content/uploads/2020/02/26-02-2020-HR-statement-to-UNSC-NPT-as-delivered.pdf](https://unoda-web.s3.amazonaws.com/wp-content/uploads/2020/02/26-02-2020-HR-statement-to-UNSC-NPT-as-delivered.pdf)

geschriebenen Nichtverbreitungsverpflichtungen durchaus Fortschritte. Die Einigung Irans mit Deutschland, der Europäischen Union (EU), Frankreich, Großbritannien sowie China, Russland und den USA (E3/EU+3) auf den Gemeinsamen Umfas-

## Eine Lösung des Konflikts um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm liegt in weiter Ferne.

senden Aktionsplan (Joint Comprehensive Plan of Action – JCPOA) im Juli 2015 schien den Weg für eine politische Lösung des Konflikts um das iranische Atomprogramm geebnet zu haben. Mit der Entscheidung der US-Regierung unter Präsident Donald Trump vom Mai 2018, sich nicht mehr an das JCPOA zu halten, und der darauffolgenden Wiederaufnahme verbotener Atomaktivitäten durch Teheran bleibt die Zukunft der Vereinbarung ungewiss.

Eine Lösung des Konflikts um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm liegt in weiter Ferne.

## Nuklearwaffenarsenale im Jahr 2019

Land	Stationierte Atomwaffen	Andere Atomwaffen	Gesamt
<b>Unter dem NPT anerkannte Atomwaffenstaaten</b>			
Russland	1 600	4 900	6 500
USA	1 750	4 435	6 185
Frankreich	280	20	300
Großbritannien	120	80	200
China		290	290
<b>Unter dem NPT nicht anerkannte Atomwaffenstaaten</b>			
Pakistan		150–160	150–160
Indien		130–140	130–140
Israel		80–90	80–90
Nordkorea		20–30	20–30
<b>Total</b>	<b>3 750</b>	<b>10 115</b>	<b>13 865</b>

Stationierte Atomwaffen sind solche, bei denen Sprengköpfe und Trägersysteme zusammen unmittelbar einsatzbereit sind. Andere Atomwaffen sind solche, die in Reserve gehalten oder zur Abrüstung vorgesehen sind. Quelle: Hans M. Kristensen/Matt Korda, Status of World Nuclear Forces, Federation of American Scientists, [fas.org/issues/nuclear-weapons/status-world-nuclear-forces](https://fas.org/issues/nuclear-weapons/status-world-nuclear-forces)

Im Jahr 2003 hatte Nordkorea als bisher einziger Staat seinen Austritt aus dem NPT erklärt und in der Folge sechs Atomtests durchgeführt. Die von den NPT-Vertragsstaaten geforderte Rückkehr der Regierung in Pyongyang in das Nichtverbreitungsregime ist kaum zu erwarten. Gleichzeitig bleibt eine rechtliche Anerkennung des Atomwaffenbesitzes Nordkoreas ausgeschlossen, weil nach Artikel 9 des NPT nur jene Staaten der Gruppe der Atomwaffenstaaten angehören können, die vor dem 1. Januar 1967 eine Kernwaffe gezündet haben.

Immerhin: Erstmals seit dem Jahr 1945 gibt es keinen Staat, der verdächtigt wird, ein geheimes Atomwaffenprogramm zu unterhalten. Mindestens ebenso wichtig ist, dass die Internationale Atomenergie-Organisation (International Atomic Energy Agency – IAEA) wiederholt ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt hat, Regelverletzern auf die Schliche zu kommen.<sup>4</sup>

Schwierig wird es sein, die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten zu überbrücken, wie es mit der nuklearen Abrüstung weitergehen soll. Auf der Überprüfungskonferenz im Jahr 2010 hatten sich die Atomwaffenstaaten zwar zu konkreten Abrüstungs- und Rüstungskontrollschritten verpflichtet. Nur wenige dieser ohnehin schon beschiedenen Maßnahmen haben die im Vertrag anerkannten fünf Atomwaffenstaaten China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA aber bisher tatsächlich umgesetzt.<sup>5</sup>

Rüstungskontrolle führt immer weniger dazu, dass sich die Zahl der stationierten Atomwaffen reduziert. Seit der letzten NPT-Überprüfungskonferenz hat sich die Zahl der Atomwaffen insgesamt zwar um 15 Prozent – das entspricht 3500 Sprengköpfen – verringert, die Zahl der stationierten beziehungsweise einsatzbereiten Kernwaffen aber lediglich um vier Prozent beziehungsweise zehn Prozent. Hinzu kommt: Russland und die USA schreiben Atomwaffen in ihren Sicherheitsdoktrinen wieder eine größere Rolle zu. Und China und Indien sind möglicherweise dabei, ihre Politik des Verzichts auf einen nuklearen Ersteinsatz zu revidieren.

Da der von den Atomwaffenstaaten propagierte ›schrittweise Ansatz‹ einer Reduzierung der Anzahl und der Rolle von Atomwaffen im letzten Jahrzehnt keine signifikanten Fortschritte brachte, beschreiten viele Nichtatomwaffenstaaten andere Wege in der Abrüstung. Im Juli 2017 verabschiedeten 122 Staaten in der UN-Generalversammlung den

<sup>4</sup> Vgl. Götz Neuneck, 60 Jahre nuklearer Prometheus oder Sisyphos?, Vereinte Nationen (VN), 4/2017, S. 170–176.

<sup>5</sup> Alicia Sanders-Zakre, Kelsey Davenport, Assessing Progress on Nuclear Nonproliferation and Disarmament. Updated Report Card: 2016–2019, Arms Control Association, July 2019, Washington, D.C., (An Arms Control Association Report), [www.armscontrol.org/sites/default/files/files/Reports/Report\\_2019July\\_ReportCard\\_1.pdf](https://www.armscontrol.org/sites/default/files/files/Reports/Report_2019July_ReportCard_1.pdf); siehe auch Final Document of the 2010 Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, NPT/CONF.2010/50 (Vol. I), New York 2010.

Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons – TPNW). Das neue Instrument verbietet Atomwaffen sowie ihren Einsatz und untersagt den Mitgliedern die Mitwirkung an nuklearer Abschreckung sowie die Unterstützung von Atomwaffenprogrammen.<sup>6</sup>

Die Atomwaffenstaaten und ihre Verbündeten – darunter auch Deutschland – lehnen den TPNW ab. Sie befürchten, dass der Vertrag den NPT beschädigt und konkurrierende völkerrechtliche Normen etabliert. Die westlichen Atomwaffenstaaten und einige Verbündete empfinden es zudem als ungerecht, dass die Internationale Kampagne für ein Verbot von Atomwaffen (ICAN) sie unter Druck setzt, während sich autokratische Staaten einer solchen Debatte entziehen könnten.<sup>7</sup>

Die heftige Abwehrreaktion der Atomwaffenstaaten dürfte aber vor allem darauf zurückzuführen sein, dass der Verbotsvertrag die Dilemmata nuklearer Abschreckung bloßlegt. Wie auch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (ICRC) feststellt, verletzen Atomwaffeneinsätze das humanitäre Völkerrecht. Die Folgen eines Atomkriegs wären von keiner Gesellschaft zu bewältigen.<sup>8</sup> Ende März 2020 hatten 35 Staaten den TPNW ratifiziert.<sup>9</sup> Das Abkommen tritt in Kraft, wenn 50 Staaten es ratifiziert haben. Das könnte möglicherweise vor der Überprüfungskonferenz geschehen. Daher dürfte die Überprüfungskonferenz um eine Würdigung des Abkommens kaum herkommen.

## Welche Themen sind wichtig und konsensfähig?

Mit dem Ende des Vertrags zwischen den USA und Russland über die Beseitigung ihrer landgestützten Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite (INF-Vertrag) am 2. August 2019 ist der vorletzte nukleare Rüstungskontrollvertrag gescheitert. Für einen Erfolg der Überprüfungskonferenz ist es wichtig, dass es bei der Atomwaffenkontrolle keine weiteren Rückschritte gibt. Der Vertrag über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (Neuer START-

Vertrag) zwischen Russland und den USA ist der letzte noch gültige Rüstungskontrollvertrag, der allerdings im Februar 2021 ausläuft. Seine wie im Vertragstext vorgesehene Verlängerung um bis zu fünf Jahre wäre ein notwendiger, aber vermutlich kein ausreichender Schritt, damit sich die Vertragsstaaten auf eine Abrüstungsagenda einigen können. Eine Verlängerung würde auch die von der Trump-Regierung geforderte Einbeziehung Chinas in die nukleare Rüstungskontrolle vereinfachen.<sup>10</sup>

Symbolisch wurde kürzlich die sogenannte Weltuntergangs-Uhr auf 100 Sekunden vor Mitternacht vorgerückt. Damit sei die Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes größer als während des Ost-West-Konflikts.<sup>11</sup> Für dieses dramatisch gewachsene Risiko eines Atomkriegs gibt es viele Gründe: die

## Symbolisch wurde die sogenannte Weltuntergangs-Uhr auf 100 Sekunden vor Mitternacht vorgerückt.

zunehmende geopolitische Konkurrenz zwischen China, Russland und den USA; neue, instabile Abschreckungsverhältnisse zwischen mehreren Atomwaffenstaaten; die Vermengung konventioneller und nuklearer Abschreckungspotenziale und die Entwicklung neuartiger Atomwaffen, insbesondere durch Russland. Dass in Moskau, Neu-Delhi und in Washington, D.C., Populisten an der Macht sind, befördert die Kriegsgefahr zusätzlich.

Für eine breite Mehrheit von Staaten ist die Einigung auf Maßnahmen zur Reduzierung nuklearer Risiken daher prioritär. Unter der Reduzierung des nuklearen Risikos werden alle Maßnahmen gefasst, die die Gefahr eines gewollten oder unbeabsichtigten Atomwaffeneinsatzes herabsetzen, also zum Beispiel die Reduzierung der Einsatzbereitschaft von Kernwaffen, den Ausbau oder die Schaffung direkter Kommunikationskanäle zwischen

<sup>6</sup> Vgl. Harald Müller, Der nukleare Verbotsvertrag: ein begrenzter Schritt vorwärts, VN, 5/2018, S. 214–219.

<sup>7</sup> Siehe dazu auch die Pro- und Contra-Standpunkte von Philipp Holz und Jan Techau in diesem Heft.

<sup>8</sup> Peter Maurer, Why States Must Sign and Ratify the Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons: A Plea for Humanity, Speech Given at the Signing Ceremony of the Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, New York, 26.9.2018, [www.icrc.org/en/document/icrc-president-why-states-must-sign-ratify-treaty-prohibition-nuclear-weapons-plea-humanity](http://www.icrc.org/en/document/icrc-president-why-states-must-sign-ratify-treaty-prohibition-nuclear-weapons-plea-humanity)

<sup>9</sup> Nuclear Weapons Ban Monitor, Global Status of the TPNW, [banmonitor.org/two-year-status](http://banmonitor.org/two-year-status)

<sup>10</sup> Ulrich Kühn (Hg.), Trilateral Arms Control? Trilateral Arms Control? Perspectives from Washington, Moscow, and Beijing, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH Research Report), 2/2020, [ifsh.de/file/publication/Research\\_Report/002/20200224\\_IFSH\\_Research\\_Report\\_002\\_final.pdf](http://ifsh.de/file/publication/Research_Report/002/20200224_IFSH_Research_Report_002_final.pdf)

<sup>11</sup> Science and Security Board, Bulletin of the Atomic Scientists, Closer Than Ever: It is 100 Seconds to Midnight. 2020 Doomsday Clock Statement, Chicago, 23.1.2020, [thebulletin.org/doomsday-clock/current-time](http://thebulletin.org/doomsday-clock/current-time)



Der Atomwaffensperrvertrag wurde am 20. September 2017 am Rande der Generaldebatte der UN-Generalversammlung zur Unterzeichnung vorgelegt. Luis Guillermo Solís Rivera (rechts), Präsident von Costa Rica, spricht bei der Unterzeichnungszeremonie. An seiner Seite ist UN-Generalsekretär António Guterres. UN PHOTO: K. HAUGHTON

Atomwaffenstaaten und Dialoge über Nukleardoktrinen, um Fehlwahrnehmungen abzubauen.<sup>12</sup>

Breite Unterstützung findet der Vorschlag, dass Russland und die USA, aber möglicherweise auch andere Atomwaffenstaaten, die in den 1980er Jahren von Ronald Reagan und Michail Gorbatschow aufgestellte Maxime bekräftigen, dass »ein Nuklearkrieg nie geführt werden darf und nicht gewonnen werden kann«.<sup>13</sup>

## Die Rolle gleichgesinnter Staaten

Ohne die Regierung in Washington, D.C., ist kein Erfolg der Überprüfungskonferenz vorstellbar, zu groß ist die politische und militärische Bedeutung der USA in der nuklearen Ordnung. Die Verschiebung der Tagung kann daher auch eine Chance sein, wenn bis dahin eine US-Regierung im Amt sein sollte, die dem Multilateralismus positiver gegenüber eingestellt ist, als die Trump-Regierung.

Jenseits der USA ist bisher kein Staat erkennbar, der willens und in der Lage wäre, zwischen den politischen Fronten als »ehrlicher Makler« zu agieren. Deutschland verfügt über Glaubwürdigkeit so-

wohl unter Abschreckungs- und Abrüstungsbefürworterstaaten, sieht seine Handlungsspielräume aber begrenzt. Die Bundesregierung agiert in Nuklearfragen eng im Verbund der Nordatlantikvertragsorganisation (NATO) und ist als Stationierungsstaat von US-Atomwaffen operativ in die nukleare Teilhabe der Allianz eingebunden. Die EU hat als Handlungsrahmen an Bedeutung verloren: Brüssel gelang es schon im Vorfeld der letzten Überprüfungskonferenz nicht mehr, die Interessengegensätze zwischen europäischen Atomwaffenstaaten und Abrüstungsbefürwortern zu überbrücken.

Für die Bundesregierung hat daher die Mitwirkung in Gruppen gleichgesinnter Staaten, die das Ziel haben, politische Interessengegensätze zwischen den NPT-Mitgliedern zu überbrücken, an Bedeutung gewonnen. In Antwort auf die schrumpfende politische Mitte im Nichtverbreitungsregime sind im letzten Jahrzehnt vier solche Initiativen entstanden:

- die Initiative für Nichtverbreitung und Abrüstung (Nonproliferation and Disarmament Initiative – NPDI), in der sich seit dem Jahr 2010 zwölf Staaten insbesondere für mehr nukleare Transparenz einsetzen;
- die Internationale Partnerschaft zur Verifikation nuklearer Abrüstung (International Partnership for Disarmament Verification – IPNDV), in der ungefähr 25 Staaten neue Verifikationsmethoden für die Abrüstung nuklearer Sprengköpfe entwickeln wollen;
- die Initiative zur Schaffung eines Umfelds für nukleare Abrüstung (Creating the Environment for Nuclear Disarmament – CEND), in der unter Führung der USA ungefähr 42 Staaten über Schritte nachdenken, wie die Voraussetzungen für nukleare Abrüstung verbessert werden können, sowie
- die Stockholm-Initiative für nukleare Abrüstung (Stockholm Initiative for Nuclear Disarmament), in der 16 Staaten auf hochrangiger Ebene Schritte zur Stärkung des NPT und zur nuklearen Abrüstung diskutieren.

Deutschland ist neben Japan, Kanada und den Niederlanden einer von nur vier Staaten, die in allen vier Gruppen aktiv sind, und hat deren inhaltliche Entwicklung maßgeblich vorangetrieben.<sup>14</sup>

<sup>12</sup> Wilfred Wan, Nuclear Risk Reduction: The State of Ideas, United Nations Institute for Disarmament Research (UNIDIR), Genf 2019, [unidir.org/files/publications/pdfs/nuclear-risk-reduction-the-state-of-ideas-en-767.pdf](https://www.unidir.org/files/publications/pdfs/nuclear-risk-reduction-the-state-of-ideas-en-767.pdf)

<sup>13</sup> Lewis Dunn/William Potter, Time to Renew the Reagan-Gorbachev Principle, Arms Control Today, Arms Control Association, März 2020, [www.armscontrol.org/act/2020-03/features/time-renew-reagan-gorbachev-principle](https://www.armscontrol.org/act/2020-03/features/time-renew-reagan-gorbachev-principle)

<sup>14</sup> Auswärtiges Amt, Internationale Partnerschaft für Verifikation nuklearer Abrüstung, Berlin, [www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/abruerstung-ruerstungskontrolle/nukleare-abruerstung-und-nichtverbreitung/ipndv/1050438](https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/abruerstung-ruerstungskontrolle/nukleare-abruerstung-und-nichtverbreitung/ipndv/1050438); IPNDV, [www.ipndv.org/about/partners-participants](https://www.ipndv.org/about/partners-participants); William C. Potter, Taking the Pulse at the Inaugural Meeting of the CEND Initiative, Middlebury Institute of International Studies at Monterey, CA, 15.7.2019, [www.nonproliferation.org/taking-the-pulse-at-the-inaugural-meeting-of-the-cend-initiative](https://www.nonproliferation.org/taking-the-pulse-at-the-inaugural-meeting-of-the-cend-initiative)



Die Bundesregierung hat zum Beispiel mit Schweden die Gründung der Stockholm-Initiative angestoßen, gemeinsam mit Finnland den Vorsitz einer Arbeitsgruppe zur nuklearen Risikoreduzierung im Rahmen der CEND-Initiative übernommen und mit Frankreich eine Abrüstungsübung unter der IPNDV durchgeführt.

Für Atomwaffenstaaten allerdings bietet das Mitwirken in diesen Gruppen eine gute Möglichkeit, von fehlenden Abrüstungsschritten abzulenken.<sup>15</sup> Damit Gruppen gleichgesinnter Staaten einen echten politischen Mehrwert haben und nicht nur Feigenblatt sind, könnten folgende Elemente im Rahmen der Überprüfungskonferenz diskutiert und zumindest informell vereinbart werden:

- die Verständigung auf eine klarere inhaltliche Arbeitsteilung zwischen diesen Gruppen mit Themensetzungen wie etwa Verifikation (IPNDV), Transparenz (NPDI), Reduzierung nuklearer Risiken (CEND), Dialog zwischen Verbotsvertragsbefürworterinnen und -befürwortern sowie -kritikern (Stockholm Initiative);
- die gemeinsame Festlegung konkreter Arbeitspläne mit regelmäßiger, transparenter Berichterstattung über konkrete Fortschritte in den einzelnen Gruppen;
- die Rückkoppelung an das Nichtverbreitungsregime durch Berichterstattung an die Vorbereitungstreffen der Mitgliedstaaten des NPT und die Genfer Abrüstungskonferenz (Conference on Disarmament – CD).

Durch eine Verstetigung der Arbeit dieser Gruppen könnte selbst im Falle eines Scheiterns der Überprüfungskonferenz bestenfalls ein dichtes Netz von Initiativen entstehen, die arbeitsteilig und nachhaltig wichtige Themen der Abrüstung und Rüstungskontrolle voranbringen.<sup>16</sup> Ein solches Vorgehen wäre im Einklang mit den Zielen der von Frankreich und Deutschland im Jahr 2019 ins Leben gerufenen »Allianz für den Multilateralismus«.

## Für ein starkes Ergebnis

Angesichts der schwierigen Ausgangslage plädieren einige dafür, den Erwartungshorizont für die Überprüfungskonferenz zu senken: Statt eines umfänglichen und im Konsens verabschiedeten

Schlussdokuments solle lediglich eine kurze politische Erklärung verabschiedet werden, in der die Vertragsstaaten die Kernziele des Vertrags bekräftigen. Falls nötig, sollte Dissens lediglich dokumentiert, aber nicht notwendigerweise überwunden werden.<sup>17</sup>

Ein solches Vorgehen aber droht, Überprüfungskonferenzen zu entwerten. Der NPT ist institutionell schwach. Es gibt noch nicht einmal ein Sekretariat, um Maßnahmen zur Umsetzung des Abkommens zu kommunizieren und zu koordinieren. Konferenzen der Vertragsstaaten sind daher die einzigen Gelegenheiten, das Vertragsregime weiterzuentwickeln. Eine Entkoppelung der für die nukleare Ordnung zentralen Themenfelder – Nichtverbreitung, Abrüstung, friedliche Nutzung der Kernenergie – würde die Bindewirkung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen insgesamt schwächen. Die Einigung der Vertragsstaaten auf ein einheitliches Maßnahmenpaket, das die Welt dem Ziel der Abschaffung von Atomwaffen näherbringt, sollte daher Maßstab für den Erfolg der Überprüfungskonferenz bleiben.

## English Abstract

Dr. Oliver Meier

**Dim Expectations on the NPT Review Conference** pp. 57–61

Prospects for success at the Tenth Review Conference of the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons (NPT) are dim. However, there have been some successes on the non-proliferation of nuclear weapons. Securing existing arms control treaties like the New START Treaty will be key. The new Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons has revived nuclear disarmament discussions. Groups of like-minded states will play an important role in discussing specific arms control measures. The 191 NPT states parties should aim for a comprehensive and binding agreement that balances different pillars: non-proliferation, disarmament and peaceful use of nuclear energy.

*Keywords: Atomwaffen, NPT, Proliferation, Rüstungskontrolle, arms control, nuclear weapons*

<sup>15</sup> Siehe dazu Lyndon Burford/Oliver Meier/Nick Ritchie, Sidetrack or Kickstart? How to Respond to the US Proposal on Nuclear Disarmament, Bulletin of the Atomic Scientists, 19.4.2019, [thebulletin.org/2019/04/sidetrack-or-kickstart-how-to-respond-to-the-us-proposal-on-nuclear-disarmament](http://thebulletin.org/2019/04/sidetrack-or-kickstart-how-to-respond-to-the-us-proposal-on-nuclear-disarmament)

<sup>16</sup> Siehe Oliver Meier/Heather Williams, Conclusions, in: Lyndon Burford et al. (Eds.), Meeting in the Middle. Opportunities for Progress on Disarmament in the NPT, King's College London, Centre for Science Security Studies/Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), London/Berlin, 2019, S. 56–61, [www.kcl.ac.uk/csss/assets/meeting-in-the-middle.pdf](http://www.kcl.ac.uk/csss/assets/meeting-in-the-middle.pdf)

<sup>17</sup> Robert Einhorn, The NPT Review Process: The Need for a More Productive Approach, Arms Control Today, September 2016, [www.armscontrol.org/ACT/2016\\_09/Features/The-NPT-Review-Process-The-Need-for-a-More-Productive-Approach](http://www.armscontrol.org/ACT/2016_09/Features/The-NPT-Review-Process-The-Need-for-a-More-Productive-Approach)